

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Wunsiedel per Email an

Greenpeace e.V. Hamburg
Thomas Breuer
Tobias Riedl

Zur Kenntnis an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorsitzende Claudia Roth
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Dannenberg

Marktredwitz, den 20. August 2012

Betreff: Ihr Brief „Endlagersuchgesetz“ an den KV Wunsiedel

Sehr geehrter Thomas Breuer,
sehr geehrter Tobias Riedl,

vielen Dank für Ihre Anfrage betreffend Endlagersuchgesetz. Auch das Fichtelgebirge ist möglicher Endlager-Standort im Granit. Wir sehen dem gelassen entgegen, denn Schwarmbeben und ein Gutachten des Geologischen Landesamtes Bayern sprechen dagegen. Sie haben Ihre Anfrage an alle Kreisverbände der GRÜNEN gestellt. Ich habe Ihrem Wunsch entsprechend allen Mitgliedern des KV Wunsiedel, soweit erreichbar, Ihre Anfrage zukommen lassen, zusätzlich dazu folgende Informationen:

<http://www.gruene-luechow-dannenberg.de/aktuelles/>

<http://www.gruene.de/themen/atomausstieg-energiewende/auf-dem-weg-zum-endlagersuchgesetz.html>

Die Antworten– bis auf eine Antwort - unserer Mitglieder auf Ihre Frage lautet: **Ein Endlagersuchgesetz das keinen sofortigen Ausschluss des Standortes Gorleben aus der Endlagersuche vorsieht steht im Widerspruch zum Freiburger BDK Beschluss vom 19.11.2010.** Begründung: Es heißt im Text der BDK „*Wir wollen den Bau eines Endlagers in Gorleben sofort und endgültig beenden und den Standort rückbauen;*“ weiter heißt es „*ein Endlagersuchgesetz beschließen, das die Empfehlungen des AK End umsetzt, und eine ergebnisoffene, vergleichende Endlagersuche mit umfangreicher Bürgerbeteiligung für alle Arten von Atommüll durchführen;*“ Die BDK ist das höchste Gremium der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Beschlüsse sind bindend. Der höherwertige Beschluss ist der sofortige Rückbau von Gorleben.

Sie beklagen sich in Ihrem Schreiben über fehlende Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche. Man muss vorsichtig sein, bei der Frage „Bürgerbeteiligung“ den KV Wunsiedel zu kontaktieren, denn man bekommt Antworten. Wir sind die einzigen, die in der Bundesrepublik aktuell verantwortlich und aktiv in Klageverfahren vorstellig sind vor Aarhus und vor der EU-Kommission wegen fehlender Bürgerbeteiligung in der UVP Temelin 3+4. Die EU Kommission prüft. Aarhus ebenfalls. 1998 ratifizierte Jürgen Trittin die Aarhus Konvention. Es war, und ist, die erste und ehrenhafteste Pflicht der GRÜNEN, die rechtlichen Vorgaben von Aarhus in der Bürgerbeteiligung umzusetzen. Das ist nicht geschehen, sonst würden Sie und wir uns nicht um Bürgerbeteiligung bemühen müssen. Wir vermuten, Sie werden mit Ihrem Gutachten zum Endlagersuchgesetz wenn nötig Verfassungsklage einreichen? Dann wäre unsere Partei gut beraten, nicht ausgerechnet bei Gorleben zu unterliegen. Sollte Ihre Expertise auch für unser Anliegen hilfreich sein, so bitten wir um Kontaktaufnahme. Auch der Landtagsfraktion im München liegt eine Aarhus Expertise vor, die wegen fehlender Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik in Auftrag gegeben wurde.

Wir befürchten, dass das Endlagersuchgesetz gravierende Mängel birgt wie der Atomkonsens:

1.) Die aktuelle Risikobewertung des BMU von Cattenom stammt aus dem Jahre 1985. Man scheut sich nicht im Jahre 2012, also ein Jahr nach dem Atomkonsens, die Auskunft zu geben: Im Katastrophenfall sind keine

Auswirkungen auf Deutschland zu erwarten. Aktuelle Risikobewertungen aller AKW mit Auswirkung auf die Bundesrepublik fehlen vermutlich von allen Schrottreaktoren wie Doel, Tihange, Fessenheim, Mochovce, Dukovany, Kozloduj... <http://www.cattenom-non-merci.de/>

2.) Wirtschaftsminister Dr. Rösler sagt, der Atomkonsens gilt nur in der Bundesrepublik und stellt Hermes-Bürgschaften nicht nur für Temelin in Aussicht.

<http://urgewald.org/kampagne/ich-bin-doch-kein-atomb%C3%BCrger>

<http://umweltinstitut.org/radioaktivitat/allgemeines/hermesburgschaften-fur-akws-1031.html>

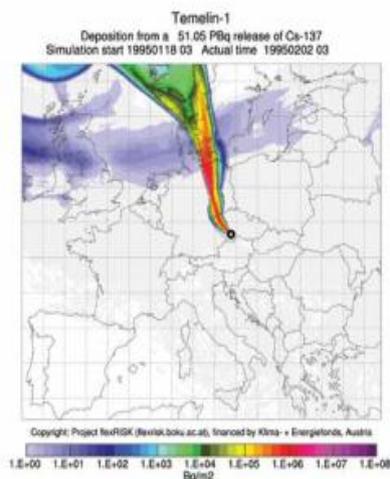
3.) Die HVB hat mit dieser Rückendeckung durch die Politik eine Kreditanfrage für Temelin ebenfalls positiv bewertet. Quelle Brigitte Artmann

Der KV Wunsiedel war am Bauzaun der benachbarten WAA in Wackersdorf, wir sind nicht zum Spaß nach Gorleben gefahren und wir sind ursächlich auch nicht völlig unschuldig an 60.000 Einwendungen nach Warschau und 30.000 Einwendungen nach Prag. Wir sind bei Temelin und Aarhus bisher von den Fachleuten von Greenpeace international immer gut beraten gewesen. Nicht nur bei Gorleben macht sich eine deutsche Kanzlerin ein Jahr nach dem Atomkonsens zur Erfüllungsgehilfin der Atomlobby. Ganze 50 km hinter der benachbarten Grenze finanziert sie Temelin mit Hermesbürgschaften unter völliger Missachtung von Bürgerbeteiligung. Sie lehnte einen Anhörungstermin für die BRD ab, beteiligte nur die lächerlich geringe Anzahl der direkten Grenzlandkreise. So kam es, dass der einzige verbindliche Anhörungstermin Temelin 3+4 für 5 Staaten am 22.06.2012 in Budweis stattfand. Es war kein einziger Vertreter aus der deutschen Bundespolitik anwesend auf diesem Event, weder Bundesregierung noch Bundestag, noch ein Vertreter aus der Parteispitze einer im Bundestag vertretenen Partei. Doch, ja, die Frage: Hätte die Anwesenheit des BuVo von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwas geändert am Ablauf des Hearings in Budweis, beantworten wir ganz klar mit JA. O-Ton des tschechischen Botschafters in Wien auf diesem Hearing „Wir beherrschen das Feuer und die wilden Tiere...“ Er schlug für die tschechische Regierung die ausgestreckte Hand zum Atomausstieg aus, die ihm vom österreichischen Umweltminister und vom Chef der bayerischen Atomaufsicht gereicht wurde. Wir haben nach langen 17 Stunden dieses Highlight mangelnder Bürgerbeteiligung um 3:00 des folgenden Morgens zusammen mit Greenpeace verlassen.

Weiß man, wie sich Frau Merkel und Herr Rösler im Ernstfall die Evakuierung von Hamburg, Berlin, Dresden und Leipzig vorstellen?

Nuclear Stress Tests - *flaws, blind spots and complacency*. Publication | June 14, 2012

<http://www.greenpeace.org/eu-unit/en/Publications/2012/stress-tests-briefing/>



Nach deutschem UVP Gesetz wurden an der UVP Temelin 3+4 offiziell beteiligt: Rot= deutsche Grenzlandkreise. Weiß = keine Beteiligung. In Tschechien: Man beteiligte Kommunen im 13 km Radius um Temelin. Man plant im INES 7 Fall Evakuierungen innerhalb von 7 Tagen im Umkreis von 700 Metern. Österreich hat sich noch beteiligt. Sonst niemand in Europa.

Quelle: Karte Wikipedia

ROT: an der UVP Temelin 3+4 beteiligte Grenzlandkreise



Die in der Bundesrepublik praktizierte Bürgerbeteiligung bei grenzübergreifenden atomrechtlichen Verfahren durch das deutschen UVP Gesetz widerspricht Aarhus, Espoo und UVP Direktive und macht jeder Bananenrepublik Ehre. Die Bürgerbeteiligung bei der Endlagerfrage entspricht ebenfalls nicht Aarhus 3(9). Die UVP Borssele wurde nur in Englisch aufgelegt und – Überraschung - die UVP Mochovce lief im Frühjahr 2010 in der BRD ohne Bürgerbeteiligung. <http://www.stmug.bayern.de/umwelt/reaktorsicherheit/mochovce/index.htm> Ihr Kollege Jan Haverkamp kann bei Fragen nach Aarhus, Espoo und EU-Direktive weiterhelfen. Auch ich stehe gerne für Rückfragen diesbezüglich zur Verfügung.

Abschließend möchten wir Sie noch einladen zu zwei Terminen: Ihnen ist Schweißnaht 1-4-5 in Temelin Reaktor 1 bekannt. Dana Drabova, Chefin der tschechischen Atomaufsicht SUJB, sagte „*die betreffende Akte 15/2001/SUJB sei nicht so, dass sie veröffentlicht werden könne*“. Einen Versuch zur Klärung dieser Frage wird es mit allen beteiligten Personen im Fichtelgebirge geben.

Und am 22./23.09.2012 sind wir wieder im AKW Temelin. Wir treffen Frau Drabova am Samstag im AKW <http://gruene-fichtelgebirge.de/akw-temelin-info-fahrt-2012/>

Für Rückfragen stehe ich gerne auch telefonisch zur Verfügung. Bitte fühlen Sie sich frei mich jederzeit zu kontaktieren. Auch dies ist ein Offener Brief.

Mit freundlichen Grüßen,

Brigitte Artmann
für den KV Wunsiedel

Brigitte Artmann | Kreisrätin/Kreisvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Wunsiedel |
Am Frauenholz 22 | 95615 Marktredwitz | Germany | Tel +49 923162821 | Mobil +49 1785542868 |
brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de | www.gruene-fichtelgebirge.de |